



Wir folgen Franz Wieber, Euch, den alten Führern, und wollen die christliche Gewerkschaftsbewegung durch die Tat immer weiterer Vollenbung entgegenführen.

Kollege Zambusch wies zum Schluß hin auf die schwierigen Probleme, die die Bewegung schon in der nächsten Zukunft zu meistern habe: Behebung der Arbeitslosigkeit, Kampf gegen die Kultur- und familienschädliche Verlängerung der Arbeitszeit, Preisprobleme usw. Die Gewerkschaftsarbeit werde hier zum Teil wieder Kampf um das nackte Leben. Es gelte sie durchzuführen, um neue Kraft dem Staate dienstbar zu machen, zum Heile von Volk und Vaterland, damit wir nicht nur in Behmut und Liebe, sondern auch wieder einmal mit jauchender Freude das Lied singen könnten: Deutschland, Deutschland über alles!

Nach diesen Worten erhob sich die Versammlung und sang begeistert das Deutschlandlied.

Damit hatte die Kundgebung ihr Ende gefunden.

Am Abend des Tages fand in der gleichen Halle eine Festversammlung des Bezirksartells Köln der christlichen Gewerkschaften statt, die ebenfalls einen sehr starken Besuch aufwies und einen glänzenden Verlauf nahm.

Am folgenden Tage versammelten sich mehrere hundert Vertreter und Funktionäre der christlichen Gewerkschaften im Saalbau der Kölner christlichen Gewerkschaften zu einer öffentlichen Vertreterversammlung. Dieser Tag brachte eine große Rede Stegerwalds über: „Unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart,“ sowie ein mit höchstem Beifall aufgenommenes Referat des Kollegen Otte über: „Unsere Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.“ Eine Reihe Entschlüsse wurden angenommen. Die Referate werden wir auch in unserer Zeitung in ihren Kernsätzen wiedergeben. Die Entschlüsse veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Auf der Vertretertagung kamen auch die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Stegerwald und Zambusch zum Austrag. Wer geglaubt hatte, die Meinungsverschiedenheiten als Sprengmittel für die christlichen Gewerkschaften deuten zu können, kam nicht auf seine Rechnung. Das darf als Ergebnis der Aussprache festgestellt werden. Die Vertreterversammlung führte die Verhandlung über die kritischen Probleme in Rede, Gegenseite und Zustimmungsumgebungen wohl mit dem Herzblut der glühenden Liebe zur gemeinsamen Sache, aber in den Meinungsunterschieden völlig leidenschaftlos, durchaus kameradschaftlich von Anfang bis zu Ende und in unverfälschter friedlicher Einmütigkeit des starken, mehrfach spontan hervortretenden Willens, unter allen Umständen die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu wahren. Dieser erfreuliche Erfolg der Kölner Jubiläumstagung ließ sie im besten Ausfluge und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Bewegung enden.

## Stegerwalds Rede auf der Kölner Tagung.

Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist seiner Zeit weitgehend beachtet worden. Das kam daher, daß seit dem Zusammenbruch noch keine Tagung irgendeiner Partei und der großen Volksgruppe stattgefunden hat, die so nachdrücklich den Finger auf die deutsche Volkswunde gelegt hat wie Essen. Mit den Erfolgen von Essen sind viele nicht zufrieden. Und dennoch: man darf gegenwärtig auch nicht zuviel in kurzer Zeit er-

warten. 1920, als der Essener Kongreß tagte, lag ein Beschluß der Sozialdemokratie dahin vor, daß sie sich in keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einlasse. Ein Jahr später hat die Sozialdemokratie, nicht ohne mein Zutun als Preussischer Ministerpräsident, diesen Beschluß aufgehoben. Im Jahre 1921 ist die Partei der Klassenkämpfer, die Sozialdemokratie, mit der Partei der sogenannten Industriemagnaten, der Deutschen Volkspartei, in Preußen und im Jahre 1923 im Reich eine politische Arbeitsgemeinschaft eingegangen. Wir sind also in politischer Hinsicht dem in Essen umschriebenen Ziel ein großes Stück nähergekommen, allerdings auf einem anderen als dem in Essen umschriebenen Weg. Wir schwebte in Essen kurz vor: eine große christliche, deutsche, demokratische und soziale Volkspartei, die die Führung für den deutschen Wiederaufbau in die Hand nehmen sollte. Diese Partei wäre damals möglich gewesen, hätten sich ausreichend führende Männer gefunden, die die Größe der Stunde gesehen hätten. Diese Menschen fanden sich nicht, und die Zeche dafür hat das deutsche Volk in den letzten Jahren bezahlen müssen und wird sie auch in Zukunft noch in vielfacher Hinsicht zu bezahlen haben. Aber es gibt Dinge, die man nicht plötzlich und mit Gewalt ändern kann. Das in Essen umschriebene Ziel wird sonach bis auf weiteres auf dem — allerdings notwendigen — Umweg über Koalitionen verwandter Parteien durchzusetzen versucht werden müssen.

Die christlichen Gewerkschaften waren vor dem Weltkrieg Organisationen zur Regelung des Arbeitsvertrages und zur gerechteren Verteilung des Güterertrages zwischen Kapital und Arbeit. Das wird auch in Zukunft die erste und dringende Aufgabe der christlichen Gewerkschaftsbewegung bleiben. Kann das aber das Endziel unserer Bestrebungen sein? Nein! Dieses geht sehr viel weiter. Legten sagte seiner Zeit einmal: Aufgabe und Ziel der Gewerkschaftsbewegung sei: durch Vorenthaltung der Arbeitskraft deren Wert zu steigern! Auch das war total falsch gesehen. Ziel der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß vielmehr sein: positiver Mitträger der Wirtschaft zu werden und mit ihren Bestrebungen bis zu den Wurzeln der Produktion vorzudringen. Heutigen Tags besteht das deutsche Volk zu 70 Prozent aus bloßen Gehalts- und Lohnempfängern. Die Kommunisten wollen diesen Zustand ändern durch die Diktatur des Proletariats. Diesen Weg wollen wir nicht mitgehen; die Sozialdemokraten wollen ihn ändern durch Verstaatlichung der Produktionsmittel auf dem Wege über die Demokratie. Auch diesen Weg können wir nicht mitgehen. Sozialisierte Wirtschaft bedeutet gleichzeitig bürokratisierte Wirtschaft und eine bürokratisierte Wirtschaft würde sich für ein Volk noch viel katastrophaler auswirken, wie sich der bürokratisierte preussische Staat für das deutsche Volk verhängnisvoll ausgewirkt hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn nicht alle, so doch ein großer Teil der 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger, in den Mitbesitz und die Gesamtarbeiterschaft in die Mitverantwortung an der deutschen Wirtschaft hineinwachsen muß. Das kann auf vielerlei Wegen geschehen: durch Schaffung von Produktionsgenossenschaften, Konsumvereinen, Einführung der Kleinrente, maßgebende Beteiligung der Gewerkschaftsverbände an den bedeutendsten Unternehmungen ihrer Gewerbe, durch Pflege des berufständlichen Sparverlehrs mittels besonderer Banken usw. Auch der Arbeitsgemeinschaftsgebäude muß in den Dienst dieser Bestrebungen gestellt werden. Den gewerblich-industriellen Arbeitsgemeinschaften sollen auf die Dauer öffentlich-rechtliche Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, des Arbeitsnachweises, der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses usw. übertragen werden. Daneben soll die Mitverantwortung der gesamten Arbeiterschaft an der Wirtschaft treten, Einrichtungen wie das Betriebsrätegesetz, Aufsichtsratsgesetz usw. sind auszubauen. Das ist es, was in der Hauptsache der Essener Kongreß wollte.

Nun haben sich in den letzten Jahren auch in unserm Lager mancherlei Meinungsverschiedenheiten herausgebildet. Das darf niemand übersehen. Im Ziel besteht in unserm Lager völlige Übereinstimmung; um den rechten Weg, den alle Verbände gemeinschaftlich gehen können, wird gegenwärtig gerungen. Die Haupt Schwierigkeiten liegen darin, daß wir mehr sind als eine bloße wirtschaftliche Interessenvertretung. Wir sind auch mehr als eine bloße Gewerkschaftsbewegung, und zwar in zweifacher Hinsicht. Wir nennen uns zunächst eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, und dann stellen wir im öffentlichen Leben eine Mittelgruppe dar, zwischen den bürgerlichen Parteien, von denen keine unsere Auffassungen und Forderungen reiflos vertritt, auf der einen Seite und den sozialistischen und kommunistischen Klassenparteien auf der andern Seite, von denen uns eine geistige Welt trennt. Eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hat zur Voraussetzung ein gewisses Maß gemeinsamer geistiger und nationaler Grundlagen. Diese waren vor dem Kriege gegebene Größen, sie waren als etwas Selbstverständliches da. Seit der Revolution sind diese ehemaligen geistigen und nationalen Grundlagen umstritten und erschüttert. Grundständig haben wir den Staat und die Wirtschaft bejahet, und nun sind wir gezwungen, unter veränderten Verhältnissen unsere Grundsätze praktisch zu erweisen. Und deswegen treten in der Uebergangszeit auch bei uns Schwierigkeiten hervor. Ohne ausreichende gemeinsame geistige Grundlagen ist sodann in Deutschland keine Gewerkschaftsbewegung möglich.

Wie steht es mit unseren gemeinsamen nationalen und geistigen Grundlagen, wie steht es mit unserer christlichen Auffassung? Daran hat sich im wesentlichen nichts geändert. Aber die Auswirkungsbedingungen des Christentums im öffentlichen Leben sind andere geworden. Früher hat sich der Katholizismus im öffentlichen Leben und im Staat weitgehend jurückergelehrt gefühlt. Meines Christens mit Recht. Unsere evangelischen Kollegen in der Gewerkschaftsbewegung haben das vor dem Kriege auch weitgehend anerkannt. Mit Stöcker, Wumm, Behrens, Fräulein Behm, Baumann usw. wäre vor dem Kriege ein viel weitgehenderes Zusammenarbeiten mit den Katholiken wie geschehen möglich gewesen, wenn nicht der Evangelische Bund die ganze Atmosphäre vergiftet gehabt hätte. Heute nun sagen unsere evangelischen Kollegen: seit der Revolution werden die positiven Evangelischen im Staate genau so behandelt wie ehemals die Katholiken. Der weitaus größte Teil der religiös positiv gerichteten Kräfte im evangelischen Lager steht keine politische Vertretung in der Deutschnationalen Volkspartei; sie sagen: wo sind heute in Preußen und in den meisten Bundesstaaten die evangelisch positiv religiös eingestellten Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Polizeipräsidenten usw.?

Wir sind sodann nicht bloß eine christliche, sondern auch eine nationale Gewerkschaftsbewegung. Auch in unserer nationalen Auffassung hat sich nichts geändert. Aber ebenso wie die christlichen, sind auch die nationalen Auswirkungen heute andere wie ehemals. Früher war für uns der alte Staat dem Wesen nach das Gegebene. Fast alle Mitglieder standen auf dem Boden der Monarchie. Jetzt besteht über den Staat, wie er ist, noch keine Meinungsübereinstimmung, ebenfalls nicht über Monarchie und Republik. In den letzten Jahren hatten wir einen schwachen Staat, der sich auf die wirtschaftlich Schwachen stützte, bei aber diesen Schwachen nicht helfen konnte, weil er selbst keine Macht hatte. Der deutsche Staat wird noch längere Zeit schwach bleiben. In einem schwachen Staat sind starke Organisationen, wenn sie nicht diszipliniert und mit dem Ganzen verantwortlich verbunden sind, eine schwere Gefahr für die Gesamtheit. Wenn sich aber wirklich die einzelnen Glieder kraftvoll betätigen wollen, dann muß erst ein gemeinschaftlich starker Körper da sein. Wir haben uns klar zu werden, daß ohne geistigen Staat und ohne gesicherte Wirtschaft die Gewerkschaftsarbeit auf die Dauer stillstehen wird.



Wir sind sodann früher de facto eine westdeutsche Bewegung gewesen und befinden uns in den unruhigsten aller Zeiten auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Bewegung. Eine westdeutsche Bewegung wäre in den letzten Jahren sehr leicht zusammenzuhalten gewesen. Zunächst ist hier die Bevölkerung und die Mitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften überwiegend katholisch, und dann ist der Westen unter dem ausländischen Druck in politischer und nationaler Hinsicht weitgehend zusammengeklammert worden. Die Meinungsverschiedenheiten in unserer Bewegung sind in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurückzuführen: einmal darauf, daß die fundamentalen Veränderungen, die in den letzten Jahren in Staat und Wirtschaft sich abgepielt haben und deren Rückwirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Bezirken und Bezirken Deutschlands noch nicht einheitlich beurteilt und gesehen werden, und dann darauf, daß in den letzten Jahren das Schwergewicht unserer Bewegung im besetzten Gebiete lag, der größte Teil Deutschlands aber unbesetzt war.

In unserer Bewegung gibt es sodann zwei Strömungen zur Gesamtbeurteilung der öffentlichen Vorgänge: eine Strömung, die überwiegend von wirtschaftlich-geistigen, und eine, die in der Hauptsache von politisch-demokratischen, um nicht zu sagen, formal-demokratischen Voraussetzungen ausgeht. Die erstere Strömung sagt: das gleiche Wahlrecht allein nützt den Arbeitern in Deutschland nicht viel. In Konsequenz dieser Auffassung — und weil ich nicht Formaldemokrat bin — habe ich persönlich von jeder dem Standpunkt vertreten, daß man zwar mit Parlamentsmehrheiten Gesetze, nicht aber Politik machen könne. Aus den gleichen Gründen, aus denen ich seiner Zeit für die Heranziehung der Deutschen Volkspartei an die staatliche Verantwortung eintrat, und denen heute auch die Sozialdemokratie zustimmt, bin ich heute für die Heranziehung der Deutschnationalen Volkspartei zur politischen Mitverantwortung. Die Deutschnationale Volkspartei und die Bayerische Volkspartei, die ebenfalls außerhalb der politischen Verantwortung steht, vertreten heute zusammen mindestens 75 Prozent der landwirtschaftlichen Produktionskraft. Glaubt jemand, daß der deutsche Wiederaufbau möglich ist, ohne daß die starken Kräfte zur Mitverantwortung herangezogen werden? Wir haben sodann erlebt, daß die nationalen Kräfte außerordentlich erstarrt sind. Im Hinblick auf die unverstehlich fremde, lebendige deutsche Tradition und im Hinblick auf den außerpolitischen Druck, dem wir in den letzten Jahren ausgesetzt waren, trug diese Entwicklung den Stempel des Selbstverständlichen und Zwangsläufigen. Die Kräfte, die überwiegend in der Deutschnationalen Volkspartei und in den vaterländischen Verbänden sich zusammengefaßt haben, stehen seit fünf Jahren in schärfster Opposition zum Staate. Was ist nun politisch das Klügste: diese Kräfte verantwortlich an den Staat zu binden oder aber, sie verantwortungslos weiter sich ausleben und damit noch stärker werden zu lassen? Heute gibt es in diesem Lager viele Kräfte, die von der „Ludendorfferei“ und von der „Rufferei“ nichts mehr wissen wollen. Wie glaubt man die gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse am besten festigen und sichern zu können: dadurch, daß man diese Kräfte vor der Tür stehen und schimpfen läßt, oder aber dadurch, daß man sie vor die staatliche Verantwortung stellt?

Die meisten religiös-politisch gerichteten Kräfte im evangelischen Lager betonen sich sodann heute politisch zur Deutschnationalen Volkspartei. Wir nennen uns christliche Gewerkschaftsbewegung, und nun frage ich: Was steht uns christlichen Arbeitern näher: das internationale Börsenspektrum, die internationale Freimaurerei, die mechanistische Geistesrichtung und Lebensauffassung, wie sie von der bürgerlichen deutschen Demokratie und der Sozialdemokratie gemeinsam vertreten wird, eine Reihe intellektueller wurzelloser Elemente, die sogenannten Letztbegrüßlichen

„Spring-ins-Geld“ auf der einen Seite, oder aber das deutsche bodenständige katholische und evangelische Volk auf der anderen Seite, insbesondere dann, wenn es konfessionell düdum und verständnislos und ebenso für staatspolitische soziale Fortschritte zugänglich ist. Den bodenständigen Teil des deutschen Volkes im katholischen und evangelischen Lager zu einer vernünftigen gesamtdeutschen, staatspolitischen und sozialpolitischen Auffassung zu bringen, das muß eine der großen Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands sein. Die zweite Strömung in unserer Bewegung geht von der politisch-demokratischen Seite her an die Dinge heran. Sie sagt: die alten herrschenden Schichten könnten sich nicht damit abfinden, daß andere Leute an ihre Stelle treten. Diese Kräfte wollen wieder den alten Staat und wieder herrschen. Zu diesem Zweck brauchen sie die Monarchie als Kulisse, um in einem Kreis ihre Pläne betreiben und durchsetzen zu können. Weiter sagt diese Strömung: der frühere preussische Staat war de facto ein protestantischer Staat, der Katholizismus konnte darin nie zu voller Gleichberechtigung kommen. Diese Strömung sagt weiter: Ungläubige und Atheisten in Deutschland sind gegenüber dem Katholizismus vielfach toleranter wie viele Evangelische. Schließlich sagt die gleiche Strömung: es ist in Deutschland nicht leichter, das Bürgertum für eine vernünftige soziale Auffassung zu erziehen, als die Sozialdemokratie zu einer brauchbaren nationalen Betrachtungsweise zu bringen. Auch diese Gesamtaufassung hat viel Berechtigung. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß der deutsche Wiederaufbau von der rein politischen Seite her nicht gelingen kann, sondern daß geistige, sittliche und religiöse Kräfte den Untergrund zu geben haben für den Wiederaufbau des deutschen Volkslebens, und aus dieser Perspektive betrachtet, sehe ich die Dinge so:

1. Der Protestantismus ist in Deutschland eine ganz andere Geistesmacht wie der Sozialismus. Er hat geistig bedeutsame Entwicklungslinie; er übt zudem eine caritative Tätigkeit und Praxis aus, die kein Freund deutscher Volksgeundheit und Volksmoralität entbehren kann.

2. Die evangelische Kirche ist auf dem Wege zur Volkspartei. Die evangelische Bevölkerung stellt heute in Deutschland mehr als zwei Drittel des Gesamtvolkes dar.

3. Der Katholizismus ist als Volksteil durch den Versailles Vertrag bedeutend geschwächt worden. Fast alle abgetretenen Gebiete sind überwiegend katholisch. Als politischer Faktor dagegen ist der deutsche Katholizismus gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen. Wenn Katholiken und Protestanten in Zukunft sich in Deutschland nicht vertragen und verstehen lernen, dann ist nach meiner festen Überzeugung die Einheit des Reiches nicht aufrechtzuerhalten. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, mittels deren die geistigen und sozialen Strömungen im deutschen Volkstörper ihr Eigenleben und ihre berechtigten Sonderbestrebungen verfolgen können, und wir daneben trotzdem weitgehend zusammenarbeiten und zu einer Einheit als deutsches Volk zusammenwachsen. Das sind meine Gründe, weswegen ich den bodenständigen Teil der deutschen Bevölkerung, weswegen ich noch die gegenwärtig im nationalen Ueberstrom lebenden Kräfte, weswegen ich den religiös-politisch gerichteten evangelischen Volksteil in die staatliche Verantwortung eingegliedert wissen will.

Zur gegenwärtigen politischen Gesamtsituation nur drei Sätze: Sozialdemokraten und andere sagen: Die Deutschnationale Volkspartei will im Reich und in Preußen wieder denselben Einfluß gewinnen wie ebendem die Konservativen. Das ist selbstverständlich. Politische Macht und starken Einfluß erstrebt jede Partei, das ist ja ihr Zweck. Bei dieser Darstellung übersteht man aber, daß heute die Verhältnisse total anders liegen wie ebendem im alten preussischen Dreiklassenstaat, und damit im Reich. Heute zählt die Deutschnatio-

des Reichstages. Hält man die übrigen 70 Prozent der Abgeordneten des Reichstages für so dumm und so passiv, daß sie diesen 22 Prozent den Staat überantworten?

Die deutsche Innen- und Außenpolitik ist heute sodann gar nicht frei; sie ist heute, im großen gesehen, zu 80 bis 90 Prozent zwangsläufig. Diese Zwangsläufigkeit rührt sich nicht an parteipolitische Koalitionen. Politische Koalitionen sind keine katholischen Ehen, die nach ihrem Recht unauflöslich, politische Koalitionen können dagegen jeden Tag wieder gelöst werden.

Zusammenfassend möchte ich darum folgendes feststellen:

1. Wer uns wieder den alten Klassenstaat aufrichten will,
2. wer uns wieder eine enge obrigkeitstaatliche Kaste als Regierung hinstellen will,
3. wer glaubt, daß soziale Reaktion den Grundstein für Deutschlands Wiederaufbau abzugeben habe,
4. wer glaubt, die Sozialdemokratie müsse von der Regierungskoalition ausgeschaltet werden, damit die Arbeiterschaft wieder zum Baufeld der Gesellschaft degradiert werden könne, der hat falsch gewettet. Wegen diese Pläne gibt es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine Richtungen, dagegen gibt es nur einmütigen und geschlossenen Kampf! Oberwürden wir den ganzen alten Parteiklangel zerbrechen, bevor wir diese Politik und Entwicklung zulassen!

Stegerwald machte dann einige Darlegungen persönlicher Art, in denen er u. a. die Behauptung, er habe zu den „Versuchungspolitikern“ gehört und die Diktatur gefördert, sehr entschieden widerlegte. Schließlich sagte der Redner seine Ausführungen in folgende Punkte zusammen:

1. Das Essener Programm bleibt nach wie vor bestehen. Wenn die politische Zusammenfassung des deutschen Volkes einstweilen nicht, wie in Essen in Aussicht genommen, erreicht werden kann, dann muß auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln an dem gleichen Ziel gearbeitet werden. Die Zusammenfassung und Umgestaltung des Parteiwesens war nicht das Hauptmerkmal des Essener Kongresses. Hauptzweck und Hauptinhalt von Essen war vielmehr: den Arbeitern eine andere Stellung in der Wirtschaft und damit im Staate und in der Gesellschaft einzuräumen, als die von bloßen Lohnempfängern.

2. Die Tageszeitung „Der Deutsche“ hat in den großen parteipolitischen Kämpfen Zurückhaltung zu beobachten. Sie hat die positive Seite unseres Volkens klar herauszustellen, zu helfen und an der Entgiftung und Entzweiung der politischen Sitten mitzuwirken.

3. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sollen sich nach wie vor in den politischen Parteien im Sinne der Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betätigen. Sie sollen aber bei den leidenschaftlichen Parteikämpfen politische Zurückhaltung beobachten und an der Milderung der politischen Gegensätze im deutschen Volksleben mitwirken.

4. Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor in erster Linie Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen bei Gestaltung des Arbeitsvertrages. Daneben sollen die christlichen Gewerkschaften den berufständischen Gedanken nachdrücklich pflegen und sich energisch angelegen sein lassen, in den Mitteln und in die Mitverwaltung der Wirtschaft hineinzuwirken. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften haben sich klar einzuprägen, daß Gewerkschaftsarbeit Geduldssache ist, die nur durch starke Disziplin, hohe Zielstrebigkeit und Ausdauer zum Ziele führt.

5. Die Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Landesvereinen (Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jünglingsvereinen) sind wieder aufrecht zu pflegen. Die Waffenbrüderschaft und die wahrverwandten Teile, die zwischen christ-



Nähen Gewerkschaften und konfessionellen Ständevereinen bestehen, sind durch Wiederbelebung der Gemeinschaftsarbeit im Deutschen Arbeiterkongress und auch sonst zu erneuern. Die Volkspartei 22 Prozent der Abgeordneten und zu beschäftigen.

6. Angriffe auf die Bewegung und ihre Führer sind seitens aller Organe und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nachdrücklich zurückzuweisen.

## Steuerfragen der Heimarbeiterchaft.

Schon vor dem Kriege war die Praxis der Besteuerung der Heimarbeiterchaft bei den einzelnen Steuerbehörden keine einheitliche. Damals spielte die Frage meist die Rolle, ob die Heimarbeiter nur der Einkommenbesteuerung als Arbeitnehmer oder als selbständige Gewerbetreibende und damit verbunden dann neben der Einkommensteuer auch der Gewerbesteuer unterlägen. Schon damals haben die Arbeitnehmerorganisationen, soweit sie Heimarbeiter in ihren Reihen zählten, manche Auseinandersetzungen deswegen gehabt. Bei den damaligen immerhin gegen heute geringfügigen Beträgen ist diese Frage nicht immer ausgeklümpelt worden. Trotzdem ließ sich auch aus den ausgefallenen Fällen schon der Schluß ziehen, daß der Heimarbeiter im Sinne der Steuergesetzgebung als Arbeitnehmer anzusehen ist.

Heute bei der enormen Steuerlast ist die Angelegenheit viel wichtiger. Es kommt hinzu, daß, wenn der Heimarbeiter nicht zu den „Arbeitnehmern“ sondern zu den „selbständigen Gewerbetreibenden“ gezählt wird, seiner nicht nur Einkommensteuer und Gewerbesteuer, sondern eine Reihe weiterer Besteuerungsarten warten. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß sich hiergegen die Heimarbeiter wehren. An dieser Stelle ist schon mehrfach auf die grundsätzliche Stellungnahme der Arbeiterschaft in dieser Frage hingewiesen. Der Heimarbeiter ist unselbständiger Arbeitnehmer (eigentlich besser gesagt: nur Arbeitnehmer), wie jeder andere Lohnarbeiter auch, sofern ihn nur die Arbeitsstätte von dem Werkstattarbeiter trennt. Das ist im Bekleidungs-gewerbe fast stets der Fall. Dies auch dann, wenn er mit seinen Familienangehörigen oder einer beschränkten Zahl Hilfskräfte arbeitet. Allerdings kann hier eine Grenze gezogen werden gegenüber dem sogenannten Zwischenmeister, wie er beispielsweise in der Berliner Damenkonfektion daheim ist. Bei Letzteren handelt es sich nicht nur darum, daß sie ihre eigene Betriebsstätte haben, sondern daß sie infolge ihrer Stellung zur Produktion in einem anderen Verhältnis zu ihrem Auftraggeber, wie der gewöhnliche Heimarbeiter, stehen. Der gewöhnliche Heimarbeiter im Bekleidungs-gewerbe ist Lohnarbeiter wie der Werkstattarbeiter. Das „Wie“, „Was“ und „Wann“ seiner Arbeitsleistung wird ihm vom Arbeitgeber vorgezeichnet. Sein Lohn regelt sich nach den von den Berufsverbänden mit den Arbeitgeberorganisationen vereinbarten Tarifverträgen. Er unterliegt der Sozialversicherung und dem größten Teil der Arbeiterschutzgesetzgebung. Er ist allen Krisengefahren und arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten ausgesetzt wie jeder Betriebsarbeiter, ja vielfach noch mehr wie diese. Sein Verhältnis zum Arbeitgeber ist ein reines Arbeits- und Lohnverhältnis.

Die Heimarbeiter (oder wie sie auch genannt werden Hausarbeiter) wollen in der Steuerfrage so behandelt sein, wie die übrige Arbeitnehmerschaft! In den letzten Jahren hatten die Organisationen der Arbeiterschaft im Bekleidungs-gewerbe oft Gelegenheit, sich gegen nach ihrer Auffassung unrichtige Behandlung der Heimarbeiter durch die Finanzämter zu wehren. Die Steuer-, bzw. Finanzämter verhalten sich zur Einkommen-, zur Gewerbesteuer, ja im letzten Jahr zur Rhein-Ruhr-Abgabe herablassend. Daß das eine soziale Ungerechtigkeit bedeutet, braucht nach dem oben Dargelegten nicht mehr gesagt zu werden. Auf Eingreifen der Berufsverbände ha-

ben derartige Maßnahmen der Finanzämter meist illusorisch gemacht werden können. Auch das Reichsfinanzministerium ist von dieser Seite um Entscheidungen angegangen, die teilweise auch erfolglos. Immerhin gibt es z. B. auch noch Finanzämter, die die Heimarbeiter als selbständige Gewerbetreibende ansehen, und in Vertolg dessen sie auch als solche steuerlich behandeln. Merkwürdiger Weise hat u. a. das Finanzamt Wuppertal, daß die dortigen Heimarbeiter der Konfektionsindustrie bis Frühjahr dieses Jahres als Arbeitnehmer im Sinne des Lohnsteuergesetzes betrachtete, im März seine Anschauung geändert, und will sie jetzt als selbständige Gewerbetreibende behandeln. Das hat dort zu Konflikten geführt, die allerhand Unannehmlichkeiten nach sich ziehen können, da ein großer Teil der Betroffenen seit April keine Steuern mehr gezahlt hat. Die dortige Geschäftsführung des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes hat versucht, eine Regelung beim Finanzamt zu finden; bisher ohne Erfolg. Daraufhin ist das Reichsfinanzministerium angerufen worden.

Es erscheint hohe Zeit, daß das Reichsfinanzministerium für alle Fälle vorbeugt und eine Klärung schafft. Ebenso notwendig wird es sein, bei der sicher doch bald kommenden Neuordnung des Steuerwesens diese Dinge zu berücksichtigen.

Eine zweite Frage ist die des sogenannten „Heimarbeiterzuschlags“. In den meisten Tarifen des Bekleidungs-gewerbes ist vereinbart, daß die Heimarbeiter für die von ihnen zu stellende Werkstatt, Arbeitsgeräte, Licht und Beheizung eine besondere Vergütung auf die auch für den Betriebsarbeiter geltenden Tariflöhne erhalten, den „Heimarbeiterzuschlag“. Da es sich hierbei um eine Vergütung für bare Auslagen der Heimarbeiter, also nicht um ein versteuerbares Einkommen handelt, darf der Heimarbeiterzuschlag auch nicht dem Steuerabzug nach dem Lohnsteuergesetz unterliegen. In vielen Fällen muhten jedoch die Arbeitnehmerorganisationen eingreifen, um die Finanzämter zu veranlassen, von der Besteuerung Abstand zu nehmen.

Neuerdings nun hat der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleider-Fabrikanten Deutschlands' gemeinsam mit den in Frage kommenden Arbeitnehmerverbänden eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gemacht, in dem um eine generelle Erledigung dieser Streitfälle ersucht wird. Es wäre an der Zeit, daß das Finanzministerium eine Entscheidung für alle Fälle treffen würde, also nicht nur für die petitionierende Bekleidungsgruppe! — Warum die ewigen Plädereien mit Dingen, die offensichtlich Unrichtigkeiten darstellen? Etwas mehr Großmutigkeit könnte auch hier sehr viel Arbeit, Unannehmlichkeiten, Ungerechtigkeiten und Verzerren ersparen. Es ließe sich doch leicht in Verbindung mit den beruflichen Wirtschaftsgruppen ein Weg hierzu finden.

## Unsere Lohnbewegungen.

In der letzten Nummer unserer Zeitung teilten wir bereits mit, daß der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands unsere Lohnforderungen in der Großkonfektion damit beantwortet hat, daß er den ganzen Reichstarifvertrag kündigte. Was will der Fabrikantenverband? — Statt Lohn-erhöhung zu geben, will er eine Kürzung des Lohnes um mindestens 30 Prozent. Die Arbeitszeiten des Stundenlöhnes will er um 20 Prozent abbauen. Das Serlentkommentar soll um eine Serie nach unten verschoben werden. Auch darin liegt ein Lohnabbau um mindestens 10%. Was der Arbeitgeberverband dann noch durch die Kündigung des Mantelvertrages für sich heraus-holen will, wissen wir nicht im Einzelnen, weil wir keine Anträge noch nicht kennen. Wir dürfen auch in dieser Frage mit Anträgen auf starke Verschlechterungen rechnen. Ob die Arbeitgeber wirklich glauben, die Arbeitnehmer würden solche Verschlechterungen ruhig

in den Kauf nehmen, wo sie doch mit Recht einen Ausgleich für die seit dem letzten Abschluß eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung fordern? —

Am 10. Oktober fand eine Verhandlung mit einigen Beauftragten des Arbeitgeberverbandes über die von uns gestellten Forderungen statt. Der Arbeitgeberverband hatte nicht die Absicht, mit uns ernstlich zu verhandeln. Schon aus der Arrangierung der Sitzung war dies deutlich zu erkennen. Er wollte nur formell seiner Pflicht genügen, mit uns innerhalb 10 Tage nach erfolgter Kündigung zusammenzutreten. Die Aussprache verlief dann auch vollständig ergebnislos. Herr Neuberger erklärte zum Schluß, daß die Arbeitgebervertreter die von den Arbeitnehmern vorgetragenen Gründe dem Ausschuss des Arbeitgeberverbandes vorzutragen würden, die endgültig darüber befinden soll, welche Stellung die Arbeitgeber zu den Lohnforderungen einnehmen wollen. Die Arbeitnehmerverbände sollen darüber schriftlich Bericht erhalten. Ein Kommentar zu dieser Praxis ist überflüssig. Unsere Mitglieder werden ihre Schlüsse daraus ziehen.

In der Uniformlieferungsbranche liegen die Dinge ähnlich. Der Fabrikantenverband hat den Gehilfenverbänden mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, eine Lohn-erhöhung zu gewähren. Er ersuchte um Zurück-ziehung der Kündigung und verband damit die Drohung, eventl. Anträge auf Lohnabbau zu stellen, da auch die Behörden — so wurde angeführt — auf Lohnabbau bzw. Preisabbau drängen. So sind die Dinge natürlich auch in der Kleiderbranche nicht zu machen. Die Gehilfenverbände haben inzwischen das Ober-schiedsgericht angerufen. Dasselbe wird voraussichtlich am 21. Oktober zusammentreten.

In Münster i. W. schwebt schon seit längerer Zeit der Streit um die Einführung eines Tarifvertrages für das Kürschner-gewerbe. Arbeitgebersseite wurde unsern Verband die Berechtigung abgestritten, für das Kürschnergewerbe Tarifverträge abzuschließen. Der Reichsbund der deutschen Kürschner, Unterverband Münsterland, trat in dieser Frage an die Seite der Kürschnerfirma in Münster. Der Syndikus des Verbandes, Herr Dr. Wilming, Düsseldorf, sagte alle Hebel in Bewegung, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu verhindern.

Der Schlichtungsausschuss Münster, der von uns angerufen wurde, entließ am 29. September zunächst über die Vorfrage, ob unser Verband berechtigt ist, Tarifverträge für das Kürschnergewerbe abzuschließen. Die Entscheidung lautet:

„Die Sache wird vertagt. Der Schlichtungsausschuss erkennt die Berechtigung des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, Ortsgruppe Münster, zur Führung eines Tarifvertrages mit dem Reichsbund der deutschen Kürschner, Unterverband Münsterland, an.“

Am 13. Oktober fand dann erneut Verhandlung statt. Bei derselben war auch der Syndikus des Arbeitgeberverbandes zugegen. Es wurde ein Schiedspruch verkündet, nach dem der Stundenlohn für Kürschner 0,60 Mk. und für Pelznäherinnen 0,58 Mk. beträgt. Darauf kommt in beiden Fällen ein Saisonzuschlag von 20 Prozent. Unterzweits wurde der Schiedspruch angenommen. Die Arbeitgeber erbat und bekam eine Erklärungsfrist von einer Woche.

Damit ist dieser Streitfall grundsätzlich entschieden. Wir hoffen, daß endlich auch die Arbeit-taeber zu der Einheit kommen, daß ein geordnetes Tarifverhältnis im Interesse beider Teile liegt. Dem Abschluß eines formgerechten Tarifvertrages steht dann nichts mehr im Wege.

## Ein neues Lohnabkommen für die Maßschneiderer.

Am 7. Oktober wurde in Jena ein neues zentrales Lohnabkommen für die Herren- und Damenkleidererlei abgeschlossen. Dasselbe legt eine Lohnverbände von durchschnittlich etwa





die einzelnen Arbeitsvorgänge und einen dafür zu zahlenden Mindestlohn von 45 Wiener Schilling. Die festgesetzten Arbeitszeiten können an folgenden Stellen eingehalten werden:

Gewerbeaufsichtsamt Berlin-Gesundbrunnen, Berlin N. 20, Prinzenallee 88 II (Geschäftszimmer des Sachausschusses) wochentäglich von 10-1 Uhr.

Gewerbeaufsichtsamt Potsdam, Allee 7, Montags und Sonnabends von 10-1 Uhr.

Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt a. O., Paul 4, wochentäglich von 10-1 Uhr.

Der Beschluß des Sachausschusses war einstimmig; er ist daher gemäß § 34 Abs. 1 des Hausarbeitsgesetzes in der Fassung vom 30. Juni 1923 (BGBl. 19 239 472) endgültig und wird hierdurch gemäß § 35 a. a. D. bekanntgemacht."

Unterschrift.

Weitere Auskünfte erteilt das Büro des Verbandes Christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes, Neue Grünstraße 19.

## Hutarbeiter auf!

Haben wir ein Bedürfnis, für unseren Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes zu arbeiten? Ja, wir haben nicht nur ein Bedürfnis, sondern Pflicht ist es, ernste, heilige Pflicht, zu schaffen, einzustehen und mitzuwirken zur Stärkung unserer Reihen. Liegen doch gerade unsere Verhältnisse noch überaus trübselig und traurig.

Wir wissen es alle, wo wir stehen. Wir alle hegen einen Wunsch. In uns ist noch die Hoffnung wach, daß auch in unserer Branche wir als Arbeiter, als Arbeiterinnen und mit uns auch die ganze Heimarbeiterschaft ein großes Ganzes bleiben möge. Kolleginnen und Kollegen! Oft hört ihr in Versammlungen den Ruf: Erhaltet eure Einheit! Denkt ihr ernstlich darüber nach?

Solltet ihr es bis heute nicht getan haben, dann laßt euch nur einige Fragen aufwerfen: Was ist Kollege, wenn du nicht mit den andern bist? Was ist Kollegin, wenn du den Gedanken hegst, ich brauche den Verband nicht, es wird so auch gehen? Ich stelle noch eine Frage, kurz, die aber läng zu denken gibt: Kollege und Kollegin, zwei Wortlein sind es nur: Was dann? Viele Wirtlichreiter hört ihr auch in unserer Branche, zu Hause, am Bierisch, auf der Straße, an allen Orten. Da machen sie Kritik, Meie, die den Glauben, die das Vertrauen zu gemeinsamer Arbeit verloren haben. Fragt man sie dann, wie es sein würde, wenn nun auch andere nicht zusammenstehen würden, dann hört man allenthalben nur die Antwort: Schlimmer könnt es nicht mehr sein.

Hutarbeiter! Jahre hindurch kämpfen Menschen um die Rechte der Arbeiterschaft. Was war sie vor dem Krüge? Hat man denn nicht uns alle ausgenützt, bis eines schönen Tages dann der Kampf dem deutschen Volke auferlegt wurde? Und wieder haben wir gekämpft, in den vordersten Reihen, Jahre hindurch. Wir fragen warum? Noch haben wir so viel sittliche Kraft in uns, daß wir sagen, für unser Volk, für unsere Heimat, für unsere Lieben! Wenn aber diese Arbeiterschaft Not und Sorge erdrückt, redlich teilte, wenn sie ihr Herzblut opfert, dann sollte man schon meinen, daß sie nach Jahren auch Anspruch haben sollte, im Leben der Gesellschaft eines Staates nicht als Klasse, sondern als Bürger geachtet zu werden. Wir sind ein gut Stück vorwärts gekommen. Manches ist heute besser, vieles auf dem Wege der Beseitigung und des Rechtes wurde errungen, errungen Kollegen, nicht gekämpft!

Seid euch bewußt, errungen aber ist nur das, was man auch halten kann auf Dauer. Wie steht es hier? Wir täuschen uns nicht. Es geht schon eine antihumane Linie durch unser Arbeitgeberlager. Es wird uns von dieser Seite nicht verkannt sein, alle diese Rechte für uns in Anspruch zu nehmen, wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Einheit und die Stärke unserer Bewegung zu erhalten. Wollen wir schwinden? Nein, alle Kräfte gesammelt und

den Grundlag hochgehalten: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Kolleginnen, wie steht es mit euch? Auch ihr müßt mitkämpfen, in diesem Kampfe der Arbeiterschaft zur Erhaltung und zum Ausbau ihrer Rechte, euren Männern, Vätern beistehen, sorgt mit fürs Ganze, ihr, die ihr des Lebens Sorge kennt und die Entbehrung!

Wir müssen alle helfen, wollen es auch tun. Auf, Hutarbeiterchaft, Kolleginnen und Kollegen zur großen Verbewoche! Jeder und jede muß helfen, den Leuten noch zu holen. Hier kann es auf die Dauer nicht Augensteher geben. Wir wollen unser Recht wahren, wir können es. Wir schaffen gerne freudig mit am Ausbau unseres Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes. Hand in Hand mit den Schneidern und Schneiderinnen und allen anderen Berufsgruppen unseres Verbandes wollen wir gehen. Vorwärts mit unserer Bewegung! Hand ans Werk! Nicht Worte nur, auch Taten! Helft mit! Hutarbeiterchaft! Es gilt, euer Bestes zu erhalten. Laßt den Mut nicht sinken. Wir sorgen gemeinsam, wir kämpfen, wenn es sein muß, gemeinsam, wir gehen den Weg, der uns zum Ziele führen muß! Hutarbeiter, auf!

Schon tobt gewaltig das Geschick, der Kampf um Sein und Leben, da hilft kein Bitten, Recht um Recht laßt sich die Fahne schweben! Sühnt fest euer Eisenband und steht und fällt verbunden, Wenn einer schließt des andern Hand wird keiner überwunden.

## Arbeiterin und Gewerkschaft.\*)

(Schluß.)

Biel ungünstiger als die Entlohnung der gelerntten Arbeiterin liegen die Verhältnisse für die angelernte Arbeiterin. Kollege Bullen brachte in seinem Referat über Lohnpolitik bereits zum Ausdruck, wie die Löhne der „Angelernten“ sind. Es konnte bisher nicht gelingen, die Entlohnung dieser Kolleginnen auf eine den Verhältnissen entsprechende Höhe zu bringen. Die Ursachen kennen wir. Und doch müssen wir auch hier immer wieder einsehen und Anhebungen herbeiführen lassen.

Die Frauenarbeiterschaft zu schützen, gehört zu unseren besonderen Aufgaben. Gerade wir dürfen, gestützt auf unsere christlichen Grundsätze die Forderung der gerechten angemessenen Entlohnung der Arbeiterinnen verlangen. Die Frau, die im Kampfe des Wirtschaftslebens immer der schwächere Teil sein wird, ist bei unzureichender Entlohnung der großen Gefahr für moralische und sittliche Verfallungen ausgesetzt. Aber nicht nur die Entlohnung allein ist die Hauptsache, auch der gesetzliche Arbeitslohn muß für die erwerbstätige Frau ausgebaut werden. Wir müssen dafür eintreten, daß die Arbeitszeit für die Frauen nicht über die 48-Stundenwoche ausgedehnt wird. Frauen-Gesundheit und somit Volksgesundheit muß über Wirtschaftsvorteile stehen.

Wenn wir die Lage der Arbeiterinnen bessern wollen durch Ausbau der Tarifverträge, durch Beeinflussung der Gesetzgebung usw., so ist Voraussetzung, daß wir auch die Kolleginnen in unseren Reihen haben. Wie gewinnen und erhalten wir die Arbeiterinnen? Es gilt, Berufsgefühl, Ständebewußtsein, Gemeinschaftsinn bei den Kolleginnen zu wecken und zu pflegen. Es sind dieses Eigenschaften, die bei den Frauen einer ganz seltenen Behandlung bedürfen und wie edle Blumen gepflegt sein wollen.

Berufsgefühl ist bei den Frauen am wenigsten meistens vorhanden. Man betrachtet den gewöhnlichen Beruf nur als Nebenberuf. Der Berufswahl steht bei den jungen Mädchen nicht sehr tief. Erklärerend kommt die Berufswahllosigkeit in unserem Gewerbe hinzu. Es ist in schon vorerwähnt, daß Schneiderinnen nicht mit Wäschebäuerinnen zusammen in

einer Versammlung sein wollten. Hier muß an den Gemeinschaftsinn appelliert werden. Wir haben in diesem Falle es unseren Kolleginnen auseinanderzusetzen, daß wir als Glied des Volksganges zusammengehören und entsprechend auch zusammenhalten. Das Ständebewußtsein unserer Kolleginnen muß ein viel ausgeprägteres werden. Es ist sehr leicht, anzunehmen, daß gerade unser Beruf ein untergeordneter ist. Als schaffende Frauen brauchen wir uns unseres Standes als Arbeiterinnen nicht zu schämen und es ist immer falsch, mehr scheinen zu wollen, als man ist. Zudem bedeutet eine fleißige und geschickte Arbeiterin für Staat und Volk mehr, als alle reichen Müßiggängerinnen.

Neben der wirtschaftlichen Lage wollen wir den kulturellen und sozialen Bestrebungen der arbeitenden Frauen und Mädchen unsere größte Aufmerksamkeit schenken. Wir dürfen nicht dulden, daß die Arbeiterinnen stumpf und gleichgültig dahinleben, daß die Sorge ums tägliche Brot sie im Alltagsleben müde machen und sie dann für andere, höhere Interessen nicht mehr aufnahmefähig sind. Eine erschreckende Gleichgültigkeit ist ja leider oft vorhanden. Zum Teil liegt es daran, daß unsere Kolleginnen zu sehr in den Kampf und Dasein ausgehen müssen. Aber vielleicht ist es auch darauf zurückzuführen, daß wir die Frauen seelisch noch nicht innerlich der Gewerkschaft wirklich erfasst haben. Wenn wir die Kolleginnen zu tatkräftigen Mitglieberei ziehen und auch erhalten wollen, dann müssen wir andere Wege einschlagen als bisher. Frauenberuf und Frauenort ist nun mal anders und läßt sich in den allgemeinen üblichen Rahmen nicht hereinzwängen. Etwas anderes zu sagen, ließe die Tatsachen nicht richtig würdigen.

Ich weiß selber nur zu gut, daß es recht schwierig ist, den Kolleginnen den Gedanken des Berufsverbandes und der Gewerkschaft nahe zu bringen. Es ist deshalb schwierig, weil wir immer wieder andere Kolleginnen als Mitarbeiterinnen gewinnen müssen. Andererseits dürfen wir auch nicht vergessen, daß die Arbeiterinnenbewegung noch verhältnismäßig jung ist. Es gab wohl schon in den Gründungsjahren der Gewerkschaften einige treue Kämpferinnen. Aber diese vermochten doch nicht, die Arbeiterinnen schon damals in größerer Zahl zu überzeugten Gewerkschaftlerinnen zu machen. Erst in der Nachkriegszeit sind die Kolleginnen in den Verband gekommen und so können wir eigentlich erst von dieser kurzen Zeit reden. Von dieser Zeit müssen wir nun noch die Jahre abrechnen, in denen wir von Lohnbewegungen gesprochen werden konnte und die Aufklärungs- und Schulungsarbeit notgedrungen in den Hintergrund gerückt wurde. Trotz allen Schwierigkeiten müssen wir eine festere Eingliederung vornehmen. Es liegt mir nun ferne, Eigenbrödel zu fördern. Aber ich habe von unseren Kolleginnen schon zu oft gehört, daß sie nicht immer gerne mit den Männern zusammen in der Versammlung gehen. Sie wollen auch mal „unter sich sein“. Wir machen auch wohl die Erfahrung, daß in gemeinsamen Versammlungen die Kolleginnen sehr zurückhaltend sind. So wäre zu erstreben, daß erst Versammlung mit den weiblichen Mitglieberei abgehalten wird und dann mit den Kollegen. Später kann dann eine Eingliederung vorgenommen werden. Unsere Kollegen sind zu leicht geneigt, die Arbeiterinnenbewegung aufzugeben, als unüberführbar hinausschieben. Das dürfen wir natürlich nicht. Heute schon über die Tätigkeit der Frauen in der Gewerkschaft ein abschließendes Urteil zu fällen, ist verrückt und noch nicht möglich. Es soll sich erst zeigen, ob die Gewerkschaft in ihrer jetzigen Form die Frauen erfassen und als Mitglieder erhalten kann, oder ob etwas ganz anderes geschaffen werden muß. Eine Frage möchte ich allerdings noch aufwerfen: Könnten wir nicht in irgend einer Form die Kolleginnen materiell fester mit dem Verband verbinden? Die Frauen sind gute Rechner und durch die dauernde Notlage, in welcher sie sich befinden, wird oftmals gefragt: Was habe ich mal später davon zu erwarten?

\* \*) Aus dem Vortrag der Kollegin Wmann auf unserer Generalversammlung.



So gut, wie es von den Kollegen oft gemeint ist, den Charakter der „Kampforganisation“ zu betonen, so ist dieses im Interesse der Frauen abgeschwächen. Mit „Kampforganisation“ kommen wir bei unseren Kolleginnen nicht dauernd durch, das verflacht allzu leicht.

In einem anderen Referate auf unserer Tagung wurde ausgeführt, daß zu überlegen sei, ob nicht ein Teil der Sozialversicherung durch die Gewerkschaften übernommen werden könnte und daß diese Frage z. B. im Gesamtverband geprüft würde. Auch wir müssen uns mit diesem Problem ernsthaft beschäftigen. Wir haben an der Sache im Hinblick auf die vielen weiblichen Mitglieder das größte Interesse.

Zum Schluß die Frage: Haben wir Ursache, die Gewinnung und Erhaltung der Kolleginnen für unseren Verband als undurchführbar anzusehen? Nein! Schauen wir doch um uns, wieviel treue und überzeugte Mitarbeiterinnen wir schon gewonnen haben. Wir können diese Zahl bestimmt noch wesentlich vergrößern und werden es erreichen, wenn wir den Glauben an das Gelingen des Wertes nicht verlieren.

Gerade die jetzige Zeit, mit ihren Gegenwartsnöten, ihren schwankenden Begriffen und Auffassungen, muß uns Veranlassung geben, daß wir uns mit ganzer Kraft für die Arbeiterinnenbewegung einsetzen. Denn: „Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesteht ist, der verachtet das Uebel, wer aber fest auf dem Sinne verharret, der bildet die Welt nach.“

### Jugendgewerkschaft!

Will man in zehn Fällen fünfmal die gleiche Antwort bekommen, so frage man Eltern von Lehrlingen, ob der junge Mann oder das Mädchen einem Berufsverbände angehöre. Die Antwort lautet dann meistens: „Nein, jetzt ist er (sie) noch zu jung. Wenn der Junge oder das Mädchen älter ist oder ausgereizt hat, dann lasse ich sie organisieren!“ Verbindet man dann damit eine kleine Unterhaltung, dann kommen schon Fragen und auch Klagen, welche dasselbe Mädchen oder den Jungen im Lehrverhältnis betreffen; sei es eine schlechte Ausbildung oder Mißhandlung, Ausbeutung bei sehr langer Arbeitszeit, keine oder äußerst geringe Bezahlung, oder es betrifft allgemeine Verhältnisse und Aussichten im Berufe oder auch den nicht guten, meist altklugen Geist, welchen den Lehrling durch verschiedenartigen Umgang bereits befeelt.

Aber dennoch immer die obige Antwort. Warum? Es ist kein anderer Grund, als das Unwissen oder die Verkennung unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit. In vielen Fällen nur Vereingommenheit. Legt man den Eltern und den Jungen einmal dar, was unser Bestreben ist, welche Aufgaben und Ziele wir uns in den großen Fragen des Jugendalters und Lehrlingsrechtes gestellt haben, wie unsere Bestrebungen sind in der Beteiligung der einzelnen Differenzfälle, um dem Lehrling zu seinem Rechte zu verhelfen, so kommt man meist zu anderer Meinung. Keineswegs muß es sich bei der gewerkschaftlichen Erziehung der Jugendlichen nur gerade um ein schlechtes oder benachteiligendes Lehr- oder Arbeitsverhältnis handeln. Beachte man doch, daß es hier nicht anders ist, wie in der gesamten gewerkschaftlichen Selbsthilfsebewegung. Wenn sich unsere Arbeit in dieser Frage keineswegs auf die zahlenmäßige Mitgliedschaft beschränkt, sondern Jugendarbeit um der Jugend und unseres beruflichen Nachwuchses selbst willen geleistet wird, so entsteht von selbst die Pflicht, diesen Bestrebungen den notwendigen Rückhalt zu geben. Besterer besteht nur in dem Beitritt zur Organisation. Neben der einzelnen Fürsorge kommt doch die gesamte Jugendarbeit wieder nur dem einzelnen Jugendmitglied zugute. So kann nicht schwer zu verstehen sein, daß für eine erfolgreiche Arbeit die Unterstützung durch die Mitgliedschaft unbedingt erforderlich ist. Ein Stück Erziehungsarbeit, getragen von christlichen, ethischen, politischen und nationalen Grundgedanken, entspricht daher der Meinung der Eltern und liegt im unbedingtsten Interesse der Jugendlichen.

Nicht minder falsch ist die in den Jugendblättern vorzufindende Meinung: Der Organisation sei es in ihren Bestrebungen nur zu tun, sie als Mitglieder zu bekommen oder die Gewerkschaft müsse gewissermaßen froh sein, wenn sie dabei sind. Nein, auch der junge Gewerkschaftler oder die Gewerkschaftlerin muß erkennen, daß nicht die Verbandsleitung die Organisation ist, sondern nur sie als zusammengeschlossene Mitglieder. Damit ist auch gesagt, daß sich auch in der Jugendbewegung ausprägt, von weissen Geist sie befeelt und durchdrungen wird. Glaubt doch kein junger Gewerkschaftler oder die junge Gewerkschaftlerin, daß ihre Beitragsleistung die notwendigen finanziellen Ausgaben für die zu verwendende Arbeit und Fürsorge weitmachen kann. Die Ursache, warum wir eine christliche Jugendbewegung wollen, liegt darin, daß es dem Gehilfen oder der Gehilfin nicht gleich ist, was mit den Jugendlichen ist und unterstützt sie daher jederzeit.

Nur um der Jugend selbst willen gewerkschaftlichen Zusammenschluß und Jugendarbeit. Unter diesem Grundsatz soll und muß an die Arbeit gegangen werden. Denke jeder junge Berufskollege oder jede Kollegin daran, daß das selbständige Leben, vor dem sie stehen, Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung erfordert. Nicht mit der Mitgliedschaft allein darf es abgetan sein, sondern die junge Kraft, die heutige Belegung soll sich auswirken in der notwendigen und fruchtbringenden christlichen Gewerkschaftsarbeit.

### Verbandsnachrichten.

**Mitglieder!** Zahlt pünktlich eure Beiträge! Es liegt in eurem eigenen Interesse. Eure Beiträge sind das finanzielle Rückgrat eures Verbandes.

Der 44. Wochenbeitrag ist Mitte für die Woche vom 26. Oktober bis 1. November, der 45. vom 2. bis 8. November.

**Kolleginnen und Kollegen!** Beacht die Werbearbeit nicht! In allen Orten, wo dieselbe noch nicht eingeleitet ist, muß damit sofort begonnen werden. In kurzer Zeit soll ihr Bericht geben über das, was ihr in den Werbewochen geleistet habt. Sorget dafür, daß ihr von euch sagen könnt: Wir haben unsere Pflicht erfüllt!

Der Zentralvorstand:  
J. A. A. Schwarzmann.

### Aus den Ortsgruppen.

**Tarifstreit um die Einführung der Stücklohnarbeit in den Betrieben der Berliner Damm-Maschinenerei.** Wie schon früher berichtet, erstrebten die Arbeitgeber in der Damm-Maschinenerei durch Kündigung des Tarifes die Einführung der Stücklohnarbeit in den Werkstätten. Dierhalb zwischen den Tarifparteien geführten ergebnislos verlaufenen Verhandlungen veranlaßte die Arbeitgeber, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Derselbe fällt am 18. 9. 24 einen Schlichterspruch, der den Arbeitgebern die Möglichkeit gab, Stücklöhne einzuführen. Arbeitnehmerseits wurde dieser Schlichterspruch abgelehnt, worauf die Arbeitgeber die Verbindlichkeitserklärung beantragten. Nach der vor dem Schlichter am 3. d. M. geführten Verhandlung hat derselbe durch Entschluß vom 6. d. M. die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt, mit der Begründung, daß die im Artikel 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vorgesehene Voraussetzungen nicht vorliegen.

Weitere Verhandlungen zwecks Neuregelung der Löhne und Erneuerung der Arbeitsbedingungen sollen folgen.

**Fachauschuß und Berliner Damen-Konfektion.** (Kostüm- und Mantelbranche.) In mehrmaligen Beratungen hat eine vom Fachauschuß eingesetzte Sachverständigenkommission die Stückzeiten für einen neuen Stücklohntarif festgestellt. Am Montag, den 6. d. M. beschäftigte sich der Fachauschuß mit der

Beschlußfassung über diesen neuen Stücklohntarif und die Höhe des Mindeststundenlohnes für die Heimarbeiterinnen. Im Fachauschuß vertreten sind die Fabrikanten und Arbeitnehmer. Die Zwischenmeister nicht, da sie es verabsäumten, ihre Vertreter seiner Zeit bei der Belegung desselben zu benennen. Einstimmig faßten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Fachauschuß den Beschluß, dem Stückzeitentarif zuzustimmen. Ebenso einstimmig wurde als Mindestentgelt für die Heimarbeiterin 45 Pfg. Stundenlohn festgesetzt. Ab 27. d. M. tritt der neue Tarif in Kraft, da bis dorthin die Einspruchsfrist läuft. Von den Meistern ist anzunehmen, das kein Einspruch ihrerseits erfolgt. Damit wäre nach langer Zeit wieder etwas Positives für die Heimarbeiterinnen der Damenkonfektion geschaffen. Ueber die Erneuerung des Rahmen-Stückbüglertarifes und Festsetzung der Zeitlöhne sollen demnächst Verhandlungen stattfinden. Austunftserteilung erfolgt im Verbandsbüro, Neue-Grünstraße 19.

### Konferenz im Aschaffenburg Konfektionsbezirke.

Der Unterbezirk Aschaffenburg hielt am Sonntag, den 28. September, seine diesjährige Herbstversammlung ab. Den Vorsitz führte Kollege Dester, Aschaffenburg. Zu Beginn der Versammlung, die besonders gut besucht war, behandelte Kollege Karpf, Aschaffenburg, die derzeitige Lage in der Konfektionsindustrie. Aus der darauffolgenden Diskussion, von welcher reichlich Gebrauch gemacht wurde, ergab sich so recht ein Bild, mit welchen Mitteln ein Teil der Aschaffenburg Arbeiter in der jüngsten Zeit die Kollegen um ihren Verdienst aus dem Reichstarif brachten. Die nach Frankfurt arbeitenden Kollegen klagten darüber, daß durch die Tarifdurchbrechungen in Aschaffenburg auch ein Teil der Frankfurter Firmen zum gleichen System übergingen. Sogar durch Unterschriften sollten die Kollegen auf die Erfüllung der sich aus dem Reichstarif ergebenden Leistungen verzichten. Einmütig wurde aus der Versammlung der Antrag gestellt, bei den nächsten Tarifverhandlungen auf Einführung der 2. Serie für Aschaffenburg hinzuwirken.

Ueber die 8. Generalversammlung in Münster referierte Kollege Keller, Aschaffenburg. Unter sachlicher Eingehung auf den Gang der Beratungen forderte er mit begeisterten Worten unter lebhaftem Beifall der anwesenden Kollegen zur Mitarbeit an der Durchführung der getroffenen Beschlüsse auf. Besonders ermahnte er die Kollegen, durch Gewinnung aller dem Verband noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen die Gewähr für zukünftige Einhaltung der Tarife zu schaffen.

Kollegin A. Mann - Stuttgart führte mit tiefer Sachkenntnis die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaft vor Augen. Ausgehend von der Lage der Arbeiterschaft zur Zeit der Gründung der Gewerkschaften gab sie ein Bild der inzwischen erworbenen Rechte in der Lohnfrage, Schlichtungswesen, Geleggebung usw. Anschließend daran verwies sie auf die Gefahren die heute von Arbeitgeberseite sowohl dem Tarif- und Schlichtungswesen drohen, wie der übrigen Sozialgesetzgebung. Diese Gefahr zu bannen ist nur eine leitende Ständesorganisation imstande. Ihrem Ausbau müssen wir darum heute all unsere Kräfte widmen. Dabei müssen wir unser Augenmerk besonders auf die Jugend und die Frauen in unserem Berufe lenken. Die Jugend in unserem Sinne zu erziehen ist eine hohe Aufgabe, an der unsere Besten mit Einbeziehung aller Kräfte arbeiten müssen. Desgleichen dürfen wir nicht achtlos an der Entwicklung in unserem Berufe vorübergehen, der mehr und mehr weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, um billigere Hände zu haben. Aber auch dem Staate gegenüber bedarf es einer starken Ständesorganisation der Arbeitnehmer, um ein Gegengewicht gegen die in Kartellen und Trusts zusammengeschlossenen Arbeitgeber zu haben. Durch unsere Organisation helfen wir den

Beweis, daß wir nicht nur Rechte im Staat verlangen, sondern uns als Glied desselben betrachten, mit dessen Auf und Ab wir verbunden sind. Mitwirkung an der Sozialgesetzgebung, Einbeziehung in die Wirtschaft muß das Ziel einer gesunden Gewerkschaft sein.

In der Diskussion wurde besonders auf die zur Zeit herrschenden Zustände in der Erwerbslosenfürsorge verwiesen und der dringende Wunsch ausgesprochen, die Gewerkschaften möchten mit allen Mitteln für die Einführung der Erwerbslosenversicherung eintreten, um dem jetzigen System der Bedürftigkeitsfeststellung von mehr oder weniger wohlgeleiteten Behörden ein Ende zu bereiten.

Mit Worten des Dantes schloß Kollege Hefter die so anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, das Jubiläumsjahr unseres Verbandes durch eifrige Werbung im Geiste der alten Gründer einzuleiten.

### Arbeitgebertaktik.

Unser Verband hat in den letzten Jahren für die weiblichen Mitglieder außerordentlich viel geleistet. Überall, wo wir weibliche Mitglieder haben, wurden Tarifverträge abgeschlossen, die, wenn auch noch verbesserungsbedürftig, doch einen gewaltigen Fortschritt darstellen gegenüber der früheren tariflosen Zeit. Ueberaus traurig dagegen sieht es dort aus, wo die Arbeiterinnen den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. So kennen wir aus der Bochumer Schürzenindustrie berichten, daß die Verhältnisse dort sehr trostlos liegen. Es kommt hier in der Hauptfrage eine Fabrik in Frage, die rund 200 Werkstattdarbeiterinnen und einige Hundert Heimarbeiterinnen beschäftigt. Die Näherinnen auf der Werkstatt verdienen im Afford im Durchschnitt 12 Mark in der Woche, die Heimarbeiterinnen noch weniger. Die Arbeitsverhältnisse sind nicht besser als die Löhne. Die Arbeiterinnen müssen sich zahlreiche Lohnabzüge als Strafen gefallen lassen. Abgebrochene Maschinennadeln, Nähmaschinenreparaturen und dergl. müssen die Näherinnen selbst bezahlen. Ja, es kommt vor, daß den Näherinnen Affordabzüge gemacht werden, wenn sie die Arbeit nicht früh genug fertig haben. Allmählich nun haben die Arbeiterinnen ein, daß es so nicht weiter ging und es bestand deshalb die Neigung, sich unserm Verbande anzuschließen. Man wollte am Abend zu unserer Versammlung kommen und sich aufnehmen lassen. Doch siehe da, es werden die Lohnbücher verteilt und — man hatte 10 Prozent Lohnzulage bekommen. Was beachte man da nach Ansicht der Näherinnen noch einen Verband. Man bekam ja Lohn-erhöhung auch ohne Gewerkschaft. Also konnte man den Stundenlohn Verbandsbeitrag wöchentlich sparen. Der Arbeitgeber aber spart auch weiterhin, trotz der 10prozent-

ligen Lohnerhöhung, an jeder Näherin wöchentlich mindestens 6 Mark Lohn. Wann endlich werden auch diesen Arbeiterinnen die Augen aufgehen; damit sie erkennen, welchen Dienst sie dem Arbeitgeber durch ihr Verbleiben von der Organisation erweisen? Sollte nicht doch bald die Zeit kommen, wo sie einsehen, daß sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kolleginnen in anderen Orten durch ihre Passivität ganz erheblich schädigen? Wie hoffen es immer noch.

### Wie gestaltet sich das Lohn- und Arbeitsverhältnis ohne Verband?

Vor einiger Zeit wurde laut Pressemeldung im Preussischen Landtage ein Teppich zur Ansicht auf den Tisch des Hauses gelegt, der in Oberschlesien, in der Gegend von Kattow von Hausweber für 78 Reichspfennige gewebt wird. Die Arbeitszeit hierfür beträgt 10—12 Stunden. Der Hausweber verdient somit pro Stunde ca. 7 Pfennig. Eine berechnete Entlohnung ging bei dieser Nachricht durch alle sozial gesinnte Kreise.

Ein würdiges Ebenbild zu der sozialen Einstellung dieser obergeschlesischen Teppichfabrikanten ist die Firma Hugo Jacoby, G. m. b. H., Damen-, Mädchen- und Kleiderfabrik in Welschell. Diese Firma beschäftigt hauptsächlich Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen. Die im eigenen Betrieb beschäftigten Zeilohnmädchen werden nach dem Lohnstarif der Wäscheindustrie bezahlt. Hierdurch erhalten die Näherinnen ca. 8 Pfennig pro Stunde weniger, als in der Perrenkonfektion. Die Heimarbeiter wird in Stücklohn bezahlt. Der Heimarbeiter muß sich die Wollen Stoff im Geschäft holen, selbst zuschneiden, Näharva, Faden und Oesen, sowie Druckknöpfe stellen und bekommt für einen Bierbottlenstoffknopf den horrenden Lohn von 50 Pfennig, für einfachen Knopf 45 Pfennig. Heimarbeiterzuschlag kennt diese Firma nicht. Herr Jacoby erklärt den Arbeitern, sie sollten sich nicht unterstehen, ihm den Verband ins Haus zu schicken, wenn jemand Wünsche habe, solle er sich „vertrauensvoll“ an die Firma wenden. Die Leute könnten den Verbandsbeitrag sparen. Die Frage ist aufzuwerfen, ob die Inhaber der Firma sich nicht bewußt sind, daß es eine Schande ist, Arbeitern derartiges zu bieten. Wir sind der Auffassung, daß derartige Löhne und Stellungnahme zum Koalitionsrecht nicht zu verantworten sind, um so mehr als Herr Jacoby fr. im öffentlichen Wirtschaftsleben eine Rolle spielt. Er ist Vorsitzender der Textilgroßhandelsvereinsigung, Ortsgruppe Oberfeld, Beisitzer im Kaufmannsgericht u. a. mehr. Die Firma ist Mitglied des Verbandes der Damen- und Mädchenmantelfabrikanten. Für sich nimmt die Firma das Recht in Anspruch, sich mit anderen Arbeitgebern zusammenzuschließen. Und Arbeitern beschneidet man dieses Recht. Ein direktes Einschreiten des Verbandes ist nicht möglich, weil die Arbeiter nicht organisiert sind. Sie befürchten wohl, daß, wenn sie sich dem Verbande anschließen, sie die „gelegnete“ Arbeitsstelle verlieren werden. Wir halten es trotzdem für unsere Pflicht, die Öffentlichkeit auf diese „Mutterfirma“ aufmerksam zu machen.

Unsere Mitglieder mögen aus dieser Schilderung die Lehre ziehen, daß nicht angeblühtes Wohlwollen der Arbeitgeber, hinter dem meistens purer Egoismus steht, ihnen im Wirtschaftsleben weiter hilft. Nur wenn wir mit vereinten Kräften unsere Geschicke in

die Hand nehmen, werden wir uns Achtung in den Augen der Arbeitgeber verschaffen. Als Einzelne sind wir schwach, mit Gleichgesinnten zusammengeschlossen erhalten wir erst die Kraft, unsere Forderungen zu stellen und die Verhältnisse zu bessern.

### Bücher,

die aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften bei uns erschienen sind:

- Festschrift. Enthält, auf feinstem Kunstdruckpapier, die Zusammenfassung der hierunter aufgeführten Einzelschriften, sowie die Bilder der Gründer und Führer, wie auch die der verschiedenen Gewerkschaftshäuser. Preis etwa 4,50 M.
  - 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung. Von Adam Stegerwald. 0,40 M.
  - Christentum und Gewerkschaftsbewegung. Von Franz Wieber. 0,30 M.
  - Gewerkschaftsbewegung und nationaler Wille. Von Franz Behrens. 0,25 M.
  - Gewerkschaftsbewegung und soziale Ziele. Von Bernhard Otte. 0,30 M.
  - Gewerkschaftsbewegung und Wirtschaftsgestaltung von Erik Valtrusch. 0,30 M.
  - Führertum und Zukunft der Bewegung. Von Bernhard Otte. 0,25 M.
- Die Verbreitung dieser Schriften ist eine Kultur Aufgabe, an der jeder, der christlich-national denkt, mitarbeiten soll.

### Christl. Gewerkschafts-Verlag

Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Erstklassige

### Großtätarbeiter

auf Werkstatt sofort gesucht. 1. Tarif. W. Kreuher, Würzburg.

### Lüchtiger Schneider

perfekt in der Berufskleiderherstellung gegen hohen Lohn sofort nach Bochum gesucht.

Offerten unt. 66 an die Geschäftsst. d. Zeitung

### Erstklass. Großtätarbeiter

für dauernde Beschäftigung sofort auf Werkstätte gesucht

Emil Meyer, Neuwied am Rhein, Lützenplatz 14.

Die private

### Zuschneide-Schule

der Zuschn. Vereinigung v. Rhld. und Westf. bietet die

beste Ausbildung

für

Schneidermeister,

Zuschneider,

Direktoren.

Verlag von

Maß- u. Lehrbücher.

Schnittmuster

für Damen- und Herrengarderobe.

Prospekte gratis durch die

Geschäftsstelle Köln a. Rh. Neumarkt 27/29, Fernruf Rhld. 5854.

# Ein Modellbogen

ist bei uns wieder erschienen. Wir haben damit den in letzter Zeit sehr häufig eingegangenen Nachfragen Rechnung getragen und diesen Modellbogen mit ungefähr 100 allerneuesten Moden-Klischees ausgestattet. Auf Kunstdruckkarton 64x96 cm.

Dieser Bogen ist besonders zweckmäßig für Bestellungen von Schnittmustern für die gesamte Herrengarderobe und dient zugleich als ständiges Modenbild.

Die Herstellung einer großen Anzahl dieses Modellbogens gibt uns die Möglichkeit denselben um

## Eine Mark

abzugeben und kann dieser kleine Betrag an uns durch Brief oder sicherer auf unser Postscheckkonto, München 23 378, eingesandt werden.

## Deutsche Bekleidungs-Akademie

M. Müller & Sohn, München, Schellingstraße 39-41.